

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 27 (1925)
Heft: 3

Artikel: Ideen und Interessen in den politischen Parteien
Autor: Schindler, Dietrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-748624>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

IDEEN UND INTERESSEN IN DEN POLITISCHEN PARTEIEN

I

Die politischen Parteien spielen im staatlichen Leben eine ähnliche Rolle, wie die Generatoren eines Elektrizitätswerks im Licht- und Kraftnetz: sie flößen einem kunstvollen, aber an sich leblosen System Kraft und Bewegung ein. Trotz dieser Bedeutung fehlt bis heute eine Darstellung des Werdens und heutigen Zustandes des schweizerischen Parteilebens.¹⁾ Dieses Werk zu schreiben, sei den Historikern, die dazu schon bedeutsame Teile beigetragen haben, überlassen. Im folgenden sei versucht, das Parteileben aus einem bestimmten Gesichtspunkt, demjenigen des Wandels der politisch entscheidenden Motive, zu skizzieren.

Von Parteien im heutigen Sinne des Wortes, als einem normalen und notwendigen Bestandteil des staatlichen Lebens, kann erst gesprochen werden, seitdem die Kantone modern-demokratische Verfassungen eingeführt haben, d. h. seit den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Das Parteigetriebe musste um so lebhafter werden, je mehr die politischen Gedanken aus dem Volk herauswuchsen, je weniger das Volk sich von oben herab lenken lassen wollte.

Der erste, der versuchte, die Parteien aus einem bestimmten Gesichtspunkt zu begreifen, war Friedrich Rohmer. Seine Lehre entstand im Jahre 1842 während der damaligen Parteikämpfe im Kanton Zürich und der Schweiz und übte als ein neues geistiges Ferment auf die Presse und das Leben eine starke Wirkung aus.²⁾ Nach Rohmer unterscheiden sich die Parteien wie die menschlichen Lebensalter: der Radikalismus entspricht dem Knaben-

¹⁾ Nützliche Überblicke finden sich in Reichesbergs Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, III. Bd., Artikel: *Politische Parteien*, und im Jahrbuch der Zürcherischen Freitagszeitung, II. Bd., Zurlinden: *Die politischen Parteien in der Schweiz*. Werke über einzelne Parteien und einzelne Persönlichkeiten werden im folgenden zitiert.

²⁾ J. C. Bluntschli, *Politik als Wissenschaft* (Lehre vom modernen Staat, III. Teil), 1876, S. 565

alter, der Liberalismus dem jungen Manne, der Konservatismus dem gereiften Mann, die « absolutistische » Partei dem Greise. Heute erscheint uns diese Klassierung fast als Spielerei. Sie ist ein Ausfluss jener Organismustheorie, welche Staat und Mensch in Parallele setzen will. Wenn sie trotzdem erfolgreich war, so verdankt sie es einerseits dem Umstand, dass die damaligen Parteien mehr oder weniger diesem Schema entsprachen. Andererseits musste sie packend wirken, weil sie die erste intellektuelle Durchleuchtung einer bisher nur dumpf empfundenen Erscheinung war. Rohmer kam übrigens der Wirklichkeit immer noch näher als der Legitimist Fr. J. Stahl, der alle Parteiunterschiede auf den einen Gegensatz der Revolution und Legitimität zurückführen und damit die politischen Bestrebungen der preußischen Konservativen theoretisch rechtfertigen wollte.

Für die Verbreitung der Rohmerschen Theorie hat sich J. C. Bluntschli eingesetzt,¹⁾ aber er hat auch die Lehre weitergebildet²⁾. So will er die Klassierung Rohmers nur für die *rein politischen* Parteien gelten lassen und auch für diese bloß als typische Formen. « Indem die Wissenschaft in diesen Typen den vollen Gehalt und die reine Form der naturgemäßen Gegensätze darstellt, klärt und ordnet sie die sonst unübersehbare und chaotische Mannigfaltigkeit der einzelnen Erscheinungen. » Aber Bluntschli kennt neben den rein politischen Parteien noch Mischparteien, die sich weniger nach politischen, als nach Grundsätzen anderer Natur orientieren. So unterscheidet er in der Reihenfolge der « Reinheit » der politischen Parteibildung folgende Stufen: *A.* Religiös-politische Mischparteien, *B.* Auf verschiedene Länder, Nationen oder Stämme gestützte Parteien, *C.* Ständische Parteien, *D.* Verfassungsparteien, *E.* Regierungs- und Oppositionspartei, *F.* Rein politische Parteien.

Wenn Rehm und andere die Parteien in konservative und fortschrittliche einteilen,³⁾ so kommt dieser Klassierung wegen ihrer Unbestimmtheit wenig Erkenntniswert zu. Je detaillierter und komplizierter aber eine Klassierung sein muss, um die Ge-

¹⁾ Das Deutsche Staatswörterbuch von Bluntschli und Brater VII, S. 724, bringt lange Auszüge aus Rohmer.

²⁾ J. C. Bluntschli, *Charakter und Geist der politischen Parteien*, 1869, abgedruckt in dem zit. Werk: *Politik als Wissenschaft*.

³⁾ Rehm in Elster, *Wörterbuch der Volkswirtschaft*, Artikel: Politische Parteien.

samtheit der Erscheinungen zu umfassen, desto näher liegt es, auf sie überhaupt zu verzichten. Dies ist denn auch von den meisten Autoren geschehen. Es seien erwähnt: Heinrich Treitschke (« die Anlässe zur Parteibildung sind die denkbar mannigfaltigsten »)¹⁾, Jellinek,²⁾ Rich. Schmidt (« Nach allem wird klar, dass eine Schematisierung der Parteien und ihrer Bewegungen mit Rücksicht auf ihre leitenden Ideen überhaupt nicht gewonnen werden kann »³⁾), Dubs,⁴⁾ Schollenberger⁵⁾ und James Bryce.⁶⁾ Burckhardt untersucht in einer interessanten Studie die Parteien auf ihre *Berechtigung*, als dem « einzigen einheitlichen Gesichtspunkt, unter dem die Parteien als solche betrachtet werden können ».⁷⁾

II

Trotzdem herrscht im Parteileben keine völlige Regellosigkeit. Wenn wir, anstatt eine Partei der anderen gegenüberzustellen, das Leben sämtlicher Parteien *innerhalb einer bestimmten Zeitspanne* dem Parteileben einer früheren oder späteren Periode gegenüberstellen, so können wir typische Veränderungen wahrnehmen. Allerdings müssen wir auch dann auf die Entdeckung allgemein gültiger Gesetze verzichten und uns mit der Feststellung einmaliger historischer Vorgänge begnügen.

Was die verschiedenen Zeiten voneinander unterscheidet, ist die *Verschiedenheit der politischen Motive*. Die Art der Beweggründe für die politische Tätigkeit ändert sich im Laufe der Jahre, während innerhalb einer gegebenen Epoche alle Parteien nach Motiven handeln, die ihrer Art nach annähernd gleich sind. So hat jede Zeit ihren besonderen « Geist », jede lebt in einer eigenen « Atmosphäre ». Was der einen wichtig ist, verachtet die andere, was die eine vernachlässigt, stellt die andere ins Zentrum ihrer Anstrengungen. Die Politik eines Zeitabschnittes bewegt sich auf einer anderen « Ebene » als diejenige der vorhergehenden

¹⁾ *Politik*, 2. Aufl. I, S. 153.

²⁾ *Allgemeine Staatslehre*, 3. Aufl., S. 113.

³⁾ *Allgemeine Staatslehre* I, S. 252. In seinem neuesten Werk (*Staatskunde*, 1924, S. 27) unterscheidet Schmidt „sachliche“ Parteien von „persönlichen“ Parteien.

⁴⁾ *Das öffentliche Recht der schweizerischen Eidgenossenschaft* I, S. 179.

⁵⁾ *Politik in systematischer Darstellung*, S. 84.

⁶⁾ *Modern Democracies*, 1921, I, S. 126.

⁷⁾ *Politisches Jahrbuch der schweizerischen Eidgenossenschaft*, 28. Bd., S. 149.

den oder der folgenden. In einer Änderung der Parteigruppierung zeigt sich in der Regel äußerlich die Wandlung des politischen Zeitgeistes. — Ein paar Beispiele aus der Schweizergeschichte mögen zur Erläuterung dienen.

Vor der Reformation ist es der Gegensatz zwischen Städten und Ländern, welcher den Beziehungen zwischen den schweizerischen Orten das typische Gepräge gibt. Er liegt dem alten Zürichkrieg zugrunde und hätte nach den Burgunderkriegen beinahe die Eidgenossenschaft auseinandergesprengt. Sobald sich aber die Reformation ausbreitet, zerfällt die Eidgenossenschaft in die zwei Glaubenslager und die früheren Streitpunkte treten durchaus in den Hintergrund: hatte zum Beispiel um 1481 ein Bürgerkrieg auszubrechen gedroht, zwischen den Waldstätten, Zug und Glarus einerseits, Luzern und den übrigen Städten andererseits, so sehen wir fünfzig Jahre später Luzern auf der Seite der katholischen Länder im Krieg gegen Zürich und die reformierten Orte. Diese neue Konstellation war der Ausfluss einer typischen Wandlung der politischen Motive: früher hatte sich das Interesse der Staatsmänner und Völker vor allem wirtschaftlicher und politischer Expansion zugewandt und dadurch war der in diesen Fragen natürliche Interessengegensatz zwischen Städten und Ländern akut geworden; nach Zwinglis Auftreten aber beherrschten religiöse Fragen so sehr das politische Denken, dass Erwägungen anderer Natur in den Beziehungen zwischen den Orten kaum mehr eine Rolle spielten.¹⁾

Erst einige Jahrhunderte später wurden die religiös-politischen Motive mehr und mehr verdrängt durch Beweggründe rein politischer Natur, aus denen schließlich der Gegensatz zwischen Konservativen und Liberalen herauswuchs. Jede dieser neuen Parteien umfasste sowohl Katholiken als Protestanten und das religiöse Moment machte sich nur noch insofern geltend, als die Strenggläubigen beider Konfessionen im allgemeinen im konservativen Lager standen.

Ein Blick auf das internationale Leben der Gegenwart zeigt, dass der für die Zukunft entscheidende Kampf heute

¹⁾ Trotzdem sich dieses Beispiel nicht auf politische Parteien im heutigen Sinne des Wortes bezieht, zeigt es — da der Motivwandel eine allgemeine soziologische Erscheinung ist — eine auch für diese gültige Wahrheit.

ausgefochten wird nicht zwischen *Staaten*, sondern zwischen *Auffassungen* der Völkerpolitik. Das wesentliche ist heute, ob die Politik beherrscht wird von den Motiven des staatlichen Egoismus, des selbstgerechten und misstrauischen Nationalismus, oder ob sie sich leiten lässt von der Idee der Solidarität. Selten hat sich ein deutlicherer Motivwandel vollzogen als in der Einstellung zum Reparationsproblem, das aus der Sphäre der politischen Leidenschaften in diejenige der wirtschaftlichen Sachlichkeit versetzt wurde. Der Völkerbund setzt für sein Gedeihen eine Wandlung der in internationalen Dingen früher vorherrschenden Geistesverfassung voraus. Die Völker müssen lernen « à penser selon la catégorie de l'international, à considérer les affaires publiques non seulement d'un point de vue étroitement national, mais d'un large point de vue international et humain » (Smuts). « On a dit souvent que la Société des nations, c'était une méthode. Cela est vrai, mais ce n'est pas tout. La Société des nations est surtout un esprit » (William Martin). Das sind Wahrheiten, die schon häufig ausgesprochen wurden. Sie sollen hier zur Klarlegung dessen dienen, was unter «Wandlung politischer Motive» zu verstehen ist.

Es handelt sich also um innere Wandlungen, welche erst als Folge eine äußere Veränderung mit sich bringen. Worin die Ursachen dieser geistigen Vorgänge zu suchen sind — ob in einer autonomen Bewegung des geistigen Lebens, oder in den Verschiebungen der materiellen Verhältnisse, oder in beiden zusammen — bleibe dahingestellt.

Für die große Realität solcher Wandlungen ist jeder erfolgreiche Volksführer Beweis, der versteht, dem, was gerade « in der Luft liegt », Ausdruck zu geben. Neue zügige Motive wirken (im guten oder schlechten Sinn) als Kristallisationspunkte, um die sich die Parteien neu gruppieren.

III

Für die Beurteilung der gegenwärtigen innerpolitischen Lage ist die Erkenntnis wichtig, dass sich (wie in einem früheren Aufsatz angedeutet) in der Schweiz seit Einführung des modernen Staates wesentliche Wandlungen der politischen Motive vollzogen haben. Man kennt diese Änderungen unter der Bezeich-

nung « Verwirtschaftlichung der Politik ». Mit diesem Ausdruck kann man allerdings nicht sagen wollen, früher seien die Triebfedern politischen Handelns ausschließlich auf ideellem, heute nur noch auf wirtschaftlichem Gebiete zu finden. Tatsächlich haben zu allen Zeiten sowohl wirtschaftliche als ideelle Motive die Politik beeinflusst und die Frage ist nur, ob die einen oder andern überwiegen. Wenn wir aber die Zeit der Regeneration mit der Gegenwart vergleichen, so dürfte es deutlich sein, wie sich der Schwerpunkt der Politik vom einen auf das andere Gebiet verschoben hat.

Diese Verwirtschaftlichung der Politik besteht nicht nur darin, dass sich der Staat und die Parteien mehr als früher mit ökonomischen Fragen befassen. Nicht nur das *Objekt* der Politik hat sich geändert. Wichtiger ist, dass die Ziele, welche die heutigen Parteien verfolgen, allzu häufig die unmittelbaren Interessen bestimmter Wirtschaftsgruppen darstellen. Auch andere Interessen als wirtschaftliche können zu egoistischen Parteibildungen führen. Sicher ist, dass heute mehr als je der Kitt, der die Parteien zusammenhält, Gruppenegoismus ist. Die Parteien hingegen, welche unserer Demokratie bei ihrer Geburt zu Gevatter standen, vertraten Ideale, welche allgemeiner Natur, für den Fortschritt und das Glück des ganzen Volkes, nicht bloß einzelner Gruppen, berechnet waren. Das zeigt sich nicht bloß in ihren Reden, sondern auch in ihren Taten. Und es zeigt sich auch darin, dass jene Parteien Männer umfassten, welche durch die Gemeinschaftlichkeit ihrer politischen Überzeugungen und nicht ihrer Interessen, zusammengehalten wurden, und die fähig waren, die Interessen den Überzeugungen zu opfern: rekrutierten sich doch beispielsweise die geistigen Führer des zürcherischen Liberalismus der 1830er Jahre aus Kreisen der städtischen Aristokratie, gegen deren Vorrechte sich die ganze Bewegung richtete. Damit sei nicht gesagt, dass zur Zeit der Regeneration im Kanton Zürich oder in der Eidgenossenschaft alles zum besten bestellt war; es sei hier nur auf dasjenige hingewiesen, durch das sich jene Zeit von der unsrigen zu ihrem Vorteil unterscheidet.

Im Strom des Geschehens wird auch die heutige parteipolitische Lage verschwinden. Was wird an ihre Stelle treten?

Wenn die Kräfte, die sie schufen, weiter am Werke bleiben, so kann der Ausgang kaum ein guter sein. Entweder würden sich die Gegensätze im Volke verschärfen und schließlich zu revolutionären Bewegungen führen, von denen wir 1918 einen Vorgeschmack erhielten. Wahrscheinlicher scheint aber heute eine Erschlaffung der politischen Interessen, womit die Voraussetzung aller Demokratie dahinfiele und einem Cäsarismus der Weg geöffnet wäre: eine Entwicklung, die Oswald Spengler voraussagt und die schon viel früher James Bryce als möglich bezeichnete.¹⁾ Diesen beiden Gefahren kann nur durch Schaffung neuer Beweggründe des politischen Handelns begegnet werden. Wie das zu geschehen hat, bleibe vorläufig unbeantwortet. Doch sei im folgenden kurz dargestellt, wie die einzelnen Parteien in ihre heutige Lage gekommen sind.

IV

Die Verwirtschafterung der schweizerischen Politik beginnt bald nach 1848. Diese Wandlung findet kaum in einer Persönlichkeit einen so typischen Ausdruck wie in Alfred Escher. Seine gewaltige Arbeitskraft sucht dort Betätigung, wo das Leben seiner Zeit am intensivsten pulsiert: vorerst rein politisch orientiert wird er mit der Zeit zum Wirtschaftler. Auch in der Parteipolitik zeigen die neuen Motive ihre Wirkung; der schweizerische Liberalismus zerfällt beinahe über den Streitigkeiten um die Eisenbahnen, die zwischen den verschiedenen Landesteilen, vor allem zwischen Bern und Zürich, entbrennen. Die fünfziger und sechziger Jahre sind die ideenloseste Periode der neueren schweizerischen Geschichte; die Parteipolitik löst sich größtenteils in materielle Interessenkonflikte auf.²⁾ Das hatte allerdings auch seine Lichtseite. Es wirkte mildernd auf die bisherigen Parteigegensätze, denn die Gruppierung nach Interessen hatte « die politische Ausscheidung der Parteien mit mancherlei Fäden durchzogen, welche persönliche Annäherung politischer Gegner vermittelten; der Kurszettel von Zürich wurde auch in den Tälern studiert, wo einst Stauffacher und Melchtal mit den

¹⁾ James Bryce, *Studies in History and Jurisprudence*, 1901, Essay „Obedience“.

²⁾ E. Gagliardi, *Alfred Escher*, 1919, S. 286.

Vögten gerechnet hatten.»¹⁾ Auch die internationale Politik wurde von ökonomischen Phantasien beherrscht; man träumte von der Schweiz als *industrieller* Großmacht, nachdem sich 1860 im Savoyerhandel gezeigt hatte, dass unser Land besser davon absehe, auf *politischem* Gebiet Großmachtpolitik zu treiben.

Die Reaktion gegen diese erste Periode der Verwirtschaftlichung schweizerischer Politik blieb nicht aus. Der Gedanke der Volkssouveränität hatte in den Repräsentativverfassungen der dreißiger Jahre nur einen unvollkommenen Ausdruck erhalten. Die Schattenseiten, die das Repräsentativsystem in den kleinen kantonalen Verhältnissen hat, zeigten sich in der Periode der Entstehung der Großunternehmungen deutlich genug. Es waren zur Hauptsache wirtschaftliche Ursachen, welche auf das politische Gebiet wirkten und die demokratische Bewegung der 1860er Jahre auslösten. Doch begnügten sich die Demokraten nicht mit der Verwirklichung ihres politischen Hauptpostulates, der Einführung der direkten Volksgesetzgebung. Daneben sollte auch ein wirtschaftliches Programm zur Ausführung gelangen. Besonders die zürcherische Bewegung richtete sich direkt gegen die von Alfred Escher beherrschten Unternehmungen. Der politische Sieg sollte durch einen wirtschaftlichen ergänzt werden. Nicht nur wurden in die Staatsverfassung bezügliche Bestimmungen aufgenommen; die Partei lenkte auch nach Annahme der Verfassung ihre Hauptanstrengungen auf wirtschaftliche Unternehmungen. Doch das wurde ihr zum Verhängnis. Was Scheuchzer schon 1870 geschrieben hatte: « Die Eisenbahnpolitik Winterthurs ist unser Unglück und der Ruin der demokratischen Partei », ²⁾ ging beinahe in Erfüllung. Die Demokraten identifizierten sich so sehr mit dem Nationalbahnunternehmen, dass sie nach dessen Zusammenbruch für immer als Mehrheitspartei ausgeschaltet waren. So hatte dieser Versuch einer Verbindung von Parteipolitik und Wirtschaft mit einem deutlichen Fiasko geendet.

¹⁾ Ph. A. v. Segesser, Sammlung kleiner Schriften, III, S. XXV. — Ähnliches gilt heute vom Bauernverband, für den Prof. Laur das Verdienst in Anspruch nimmt, viel zur Ausgleichung der Gegensätze zwischen den Angehörigen der beiden Konfessionen, wie auch der verschiedenen Sprachgebiete beigetragen zu haben. N.Z.Z. 1924, Nr. 1473.

²⁾ U. Meister, *Die Entwicklung der liberalen Partei des Kantons Zürich*, Vortrag, 1909, S. 13.

V

In der eidgenössischen Politik fand eine solche Verbindung nicht statt. Beim Versuch einer Revision der Bundesverfassung von 1872 und bei der geglückten Totalrevision des Jahres 1874 waren es das Problem « Zentralismus oder Föderalismus » und (vor allem 1874) konfessionelle Fragen, welche die Gemüter erhitzen. Und die freisinnig-demokratische Partei, die bis 1919 die eidgenössische Politik als Mehrheitspartei führte, war keineswegs eine Wirtschaftspartei. An einer einseitigen, gruppenegoistischen Wirtschaftspolitik hinderten sie nicht nur ihre Grundsätze, sondern auch die Tatsache, dass sie sich aus Bevölkerungskreisen rekrutierte, deren ökonomische Interessen nichts weniger als gleichgerichtet waren. Ebenso wenig waren wirtschaftspolitische Beweggründe maßgebend, als sich die Partei im Jahre 1894 zu einer eidgenössischen zusammenschloss, vielmehr bildete die Bekämpfung des föderalistischen Vorstoßes mit der Zollinitiative (Beutezug)¹⁾ dazu den Anlass.

Trotzdem hatte die schweizerische Politik vor dem Kriege einen starken Zug zum Wirtschaftlichen, im Sinne einer vorwiegenden Beschäftigung der politischen Kreise mit Wirtschaftsfragen. Das geistige Element, das dem Liberalismus um 1848 und 1874 seinen Schwung gegeben hatte, war in den Hintergrund getreten. Dieses hatte über die in der Bundesverfassung verwirklichten Ziele hinaus wenig positive, entwicklungs-fähige Gedanken enthalten, zum mindesten hatten sich diese schließlich erschöpft im Streben nach einer möglichst zweckmäßigen organisatorischen Durchbildung des öffentlichen Lebens. Die ursprünglichen, mehr gefühlten als klar formulierten Ziele waren allerdings weit über das Praktisch-Zweckmäßige hinausgegangen; es war eine geschlossene, aus den Ideen der Aufklärung herausgewachsene Lebensanschauung, welche sich im neuen Staatswesen hatte verwirklichen wollen. Aber es war doch mehr der negative Bestandteil dieser Lebensanschauung gewesen, welcher ihr so manche Anhänger zugeführt und die politische Durchschlagskraft gegeben hatte: die Nieder-

¹⁾ Danach hätte der Bund den Kantonen vom Gesamtbetrag der Zölle jährlich zwei Franken per Kopf der Wohnbevölkerung verabfolgen sollen.

reiung beengender Schranken politischer und kirchlicher Natur war das Programm des Freisinns gewesen — wurde doch die Bezeichnung « Freisinn » ursprünglich im kirchlichen Sinne verstanden. Das radikale Anrennen gegen allerhand Fesseln musste sich bald totlaufen, als diese Fesseln nur noch in den Köpfen phantastischer Politiker bestanden,¹⁾ und der Angriff gegen die auf der Überlieferung ruhenden Mchte musste um so bedenklicher erscheinen, als die Gefahr einer freiheitsfeindlichen Reaktion weit zurücktrat hinter der entgegengesetzten Gefahr der geistigen und politischen Auflösung. Nachdem aber das ursprüngliche geistige Element des Freisinns seine Werbekraft eingebüßt hatte, trat kein neues an seine Stelle, und die politischen Kräfte wandten sich organisatorischen Fragen zu. Wenn dabei wirtschaftliche Probleme im Vordergrund standen, so war das nur natürlich, und die Schweiz folgte hierin den andern Staaten. Wie hätte es anders sein können, als dass die gewaltige Entwicklung von Industrie, Handel und Verkehr in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und die damit zusammenhängenden Fragen zum Hauptgegenstand der staatlichen Tätigkeit geworden wären? Htte insbesondere die internationale Politik der neutralen Schweiz bei der starken Verflechtung ihres Wirtschaftslebens mit demjenigen des Auslandes etwas anderes sein können als Handelspolitik? Das Zurücktreten der rein geistigen Interessen in den zweiten Rang war eine allgemeine Zeiterscheinung und man kann daraus weder der freisinnig-demokratischen Partei noch der Politik im allgemeinen einen Vorwurf machen. Nicht allein das staatliche Leben unterlag dieser Strömung. Das philosophische Denken machte nach dem ersten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts eine Zeit gänzlicher Ermattung durch. Man war der idealistischen Konstruktionen überdrüssig geworden und verlangte nach realerer Geistesnahrung, die man in den Naturwissenschaften fand. Im breiten Publikum folgte die Herrschaft des Materialismus als praktischer Lebensanschauung.

Allerdings führte der Mangel eines klaren geistigen Prinzips zu der viel geschmähten, wenn auch bis heute nicht berwunde-

¹⁾ Man denke etwa an die Schilderungen in Jeremias Gotthelfs *Herr Esau*.

nen « Realpolitik », und ein Mitglied der freisinnig-demokratischen Partei konnte kurz vor dem Kriege sagen, dass die Partei unter dem Einfluss des Opportunismus stehe und dass im Schoße der radikal-demokratischen Gruppe der Bundesversammlung (d. h. der parlamentarischen Vertretung der Partei) selten grundsätzliche Fragen behandelt werden.¹⁾

Diese Richtung der radikal-demokratischen Gruppe zeigte sich ebenfalls in der ihr nahestehenden liberal-demokratischen Fraktion (sogenanntes Zentrum). Über diese urteilt F. O. Pestalozzi-Junghans schon 1887, dass sie « mehr oder weniger zu einer wirtschaftlichen Gruppe geworden » sei. « Sie besteht zum größten Teil aus höchst achtungswerten, in gewissen handels- und finanzpolitischen Gebieten ganz ausgezeichnet versierten Männern, aber ohne politische Ader und ohne die zündende Beredsamkeit, welche ein fester Standpunkt und eine zur Gewissenssache gewordene Weltanschauung verleiht ». Hilty sagt 1891, diese Partei vertrete « mehr national-ökonomische als politische Prinzipien ».²⁾ Diese Urteile — die allerdings nicht von Angehörigen der Gruppe selbst abgegeben wurden — wiegen um so schwerer, als zu dieser Gruppe eine verhältnismäßig große Anzahl der hervorragendsten schweizerischen Politiker gehörten: Alfred Escher, Cramer-Frey, Welti, Römer, U. Meister (bis 1892), Speiser, Ador, v. Planta, Carl Chr. Burckhardt — um nur einige wenige zu nennen.

Natürlich kommt diese stark ökonomische Richtung der Politik nicht in den Parteiprogrammen zum Ausdruck. Ja in einer Rede vom November 1913, in welcher Carl Chr. Burckhardt als Zentralpräsident der schweizerischen liberal-demokratischen Partei das Parteiprogramm entwickelte, sprach er Gedanken aus, welche die oben angeführten Urteile Lügen zu strafen scheinen:³⁾ « Nicht nur die materiellen, sondern vor allem die ideellen Werte seien zu berücksichtigen; diese blieben stets die Bedingungen zur sittlichen Gesundheit des Volkes ».

Aber — teils unter dem Druck äußerer Verhältnisse, teils einer geistigen Zeitströmung folgend — wandten die genannten

¹⁾ A. Gobat, Reichesbergs *Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft*, 1911 Artikel: Politische Parteien, III, S. 261.

²⁾ Zitate nach S. Zurlinden, Reichesbergs *Handwörterbuch* a. a. O., S. 264.

³⁾ W. Vischer und C. J. Burckhardt, *Carl Chr. Burckhardt*, 1917, S. 42/4.

Parteien ihr Hauptinteresse wirtschaftlichen und technisch-organisatorischen Fragen zu. Es bleibt der bestimmte Eindruck, dass das, was darüber hinausging, was nicht mehr realpolitisch war, mehr und mehr von einer Parteisache zu einer persönlichen Angelegenheit der Mitglieder wurde, sich gewissermaßen aus der Öffentlichkeit in die Seelen der Einzelnen verkroch. Dass allerdings die Arbeit der einzelnen Führer nur denkbar war auf der Grundlage einer idealistischen Lebensauffassung, dürfte klar sein.

Einen Vorteil hatte allerdings der Mangel an Grundsätzlichkeit (oder, wenn man lieber will: an Doktrinarismus) der Partei als solcher: es ermöglichte ihr, während siebzig Jahren Mehrheitspartei zu bleiben und als solche die Schweiz durch eine im ganzen glückliche Entwicklung zu führen. Das war gewiss besser, als die Auslieferung des öffentlichen Lebens an leidenschaftliche Kämpfe. Mancher Ausländer glaubte daher in der Schweiz eine Art politisches Paradies sehen zu dürfen. Auch entsprach diese Politik in ihrer trockenen Sachlichkeit nicht schlecht dem Charakter des Schweizers. Aber mehr und mehr wurde das Fehlen eines belebenden zentralen Gedankens als Mangel empfunden. — Dafür, dass dem so war, ist die Gründung dieser Zeitschrift nicht der letzte Beweis.

DIETRICH SCHINDLER

(Fortsetzung folgt.)